

PROTOKOLL

über die 3. Sitzung des **Beirates Huchting**,
am Montag, 18.09.2023, Saal des Bürger- und Sozialzentrums Huchting
Amersfoorter Straße 8, 28259 Bremen

- vom Ortsamt: Herr Schlesselmann, Herr Wiltshko, Herr Homann
- vom Beirat: Herr Bettermann, Herr Hamen, Herr Horn, Herr Pascher,
Frau Radke, Frau Schubert, Frau Thasius, Frau Wendt
Frau Kücük, Herr Rietz, Herr Ristau, Frau Seifert, Frau Spitz
via Zoom
- entschuldigt: Frau Blunck, Herr Diekmann, Herr Knuschke
- Gäste: Herr Stoessel (Senatorin für Kinder und Bildung), Frau Ga-
letzka und Herr Sari (beide Caritas Bremen)

Die Sitzung wird um 19:00 Uhr mit der Begrüßung der Gäste, der Bürgerinnen und Bürger, der Presse und der Mitglieder des Beirates Huchting eröffnet.

Falko Bries als Mitglied der Bremischen Bürgerschaft nimmt als Gast teil.

Die fristgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

Tagesordnung öffentlich

1. Anfragen, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung
2. Schulstandortplanung Huchting
3. Wir brauchen unsere Respekt Coaches! Antrag/Haushaltsantrag SPD
4. Erklärung für Vielfalt
5. Buswendeanlage Roland-Center
6. Weitere Haushaltsanträge Beirat Huchting
7. Fremdwerbung im Stadtteil; Erlass örtlicher Bauvorschriften i.S. § 86 Landesbauordnung
8. Geschäftsordnung Beirat Huchting

TOP 1 Anfragen, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung

Eine Bürgerin erkundigt sich nach der Wiederinbetriebnahme des Bahnhofs Huchting. Die Maßnahme befindet sich laut Sitzungsleiter Schlesselmann noch in der Prüfung bei der Deutschen Bahn.

TOP 2 Schulstandortplanung Huchting

Udo Stoessel vom Referat 50, Ausbauplanung Schule, bei der Senatorin für Kinder und Bildung informiert über die Schulstandortplanung.

Herr Stoessel teilt mit, dass ein „interessantes Mietangebot“ von Seiten des Investors auf dem ehemaligen ThyssenKrupp-Gelände vorläge. Derzeit prüfe man das Angebot bei allen zuständigen Stellen, sodass bei der nächsten oder übernächsten Beiratssitzung mit genaueren Informationen gerechnet werden könne.

Die Bedarfe an Klassenräumen im Schuljahr 2024/2025 betreffend konnte Herr Stoessel mitteilen, dass nur an der Grundschule Grolland ein Mobilbau benötigt wird. Ansonsten blieben die Schulen bei den Schülerzahlen gleich. Das würde sich erst in den Schuljahren 2025/2026 und 2026/2027 ändern, da hier die prognostizierten Schülerzahlen wieder stiegen. Doch auch das könne durch die Aufstellung eines Mobilbaues an der Grundschule Grolland ausgeglichen werden. Danach sanken die Schülerzahlen wieder, sodass nur über einen Zeitraum von vier Jahren mit Mobilbauten gearbeitet werden müsse. Somit kann ein Neubau für einen Grundschulstandort aufgrund dieser Prognose nicht abgeleitet werden. Diese Zahlen werden aber in einer späteren Beiratssitzung noch einmal genau konkretisiert. Ein Beiratsmitglied weist darauf hin, dass die Prognosen zu sinkenden Schüler*innenzahlen in den letzten Jahren nie eingetreten sind und bittet darum, dass die Senatorin für Kinder und Bildung die Entwicklung eng beobachtet, um schnell reagieren zu können.

Bei den Oberschulen in Huchting sieht man keine Veränderungen im Schuljahr 2024/2025, doch im Schuljahr 2025/2026 müssten durch die steigenden Bedarfe zwei zusätzliche Klassen, voraussichtlich durch Mobilbauten, bereitgestellt werden.

TOP 3 Wir brauchen unsere Respekt Coaches! Antrag/Haushaltsantrag SPD

Als Referent:innen sind Frau Galetzka und Herr Sari (beide Caritas Bremen) zu Gast.

Der Caritas Verband Bremen Nord ist zuständig im Jugendmigrationsdienst für ganz Bremen und hat sich regional aufgeteilt. Der Jugendmigrationsdienst ist eine Fachberatungsstelle für zugewanderte Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 12 bis 27 Jahren, egal welchen Aufenthaltsstatus sie haben oder aus welchem Land sie kommen.

Sie sind zuständig für alle Fragen die entstehen, wenn man neu in Bremen ist, ob Sprache, Ausbildung, Arbeit, Anerkennung von Schutz, Integrationskurse oder Familienzusammenführung. Seit 2018 übernimmt Frau Galetzka für den Bremer Süden und speziell für Huchting diese Aufgaben gemeinsam mit Herrn Sari.

Die Respekt Coaches sind seit 2018 ein Teil des Jugendmigrationsdienstes. Sie waren zu Beginn zuständig für Extremismus Prävention an Schulen. Dieses Problem wurde in den letzten Jahren durch sie erfolgreich zurückgedrängt. Ihre Aufgaben wurden erweitert auf Extremismus im politischen Spektrum, das Verständnis für eine offene, demokratische, vielfältige Gesellschaft und um sie resilient zu machen gegenüber menschenfeindlichen Ideologien.

Bremen weit sind sie mit 9 Mitarbeitenden in 22 Schulen, davon in Huchting mit zwei Mitarbeitenden in vier Schulen aktiv.

Für die verschiedenen Themen-Bausteine der Jahrgänge werden über ein Budget von Bundesministerium Fachleute eingekauft. Sobald das Programm Ende des Jahres eingestellt wird, gibt es keine Prävention mehr an Schulen, erläutert Herr Sari.

Herr Kaschub (Leiter Oberschule Hermannsburg) ergänzt, dass es sich um Bundesmittel von 31 Mio.€ handelt.

In der Oberschule Hermannsburg wird am Jahresbeginn entschieden, welche Maßnahmen zu Demokratiebildung gebraucht werden. Konkret findet gerade ein Tag mit dem 5. Jahrgang statt zum Thema „Medienkonsum“ statt. Dieser kann nicht von Lehrer:innen geleitet werden, da diese keine ausreichende Expertise auf diesem Gebiet haben. Dieser etablierte Baustein, mit dem seit 2018 acht bis neun Projekte in der Oberschule Hermannsburg pro Jahrgang zur Demokratisierung von Schüler:innen durchgeführt werden, würde am Jahresende einfach wegbrechen.

Auf Nachfrage von Herrn Horn macht Herr Sari deutlich, dass es sich durch die Streichung des Programms bundesweit etwa um den Verlust von 600 Respekt Coaches handelt.

Frau Wendt fragt nach, welche senatorische Behörde auf Landesebene für die Stellen zuständig ist.

Protokollnotiz: Zuständig ist die senatorische Behörde für Kinder und Bildung.

Herr Sari erhofft sich ein erhöhtes Interesse der Öffentlichkeit durch die mediale Berichterstattung, allerdings ist, bis auf Woltmershausen, noch kein weiterer Beirat zu dem Thema an ihn herangetreten.

Ein richtiger Adressat des Antrages wird nun erörtert, Frau Seifert bittet darum, ein konkretes Datum zur Rückantwort zu formulieren.

Herr Horn regt an, den Beschluss allen Bremer Abgeordneten der Fraktionen im Bundestag zukommen zu lassen.

Protokollnotiz: dies ist am 29.09.2023 erfolgt

Haushaltsantrag Doppelhaushalt 2024/2025

Wir brauchen unsere Respekt Coaches!

Bundesfamilienministerin Lisa Paus hat Streichungen auf Bundesebene am Jugendhilfepplan vorgenommen. Betroffen sind in Bremen von diesen Streichungen unter anderem das Projekt "Respekt Coaches", welches zurzeit in Huchting vom Jugendmigrationsdienst durchgeführt wird.

Respekt Coaches gibt es seit 2018. Ihre komplexe Aufgabe umfasst die Integration Jugendlicher durch verschiedene Projekte, besonders aber die Extremismus- und Gewaltprävention in Schule und Freizeit. Sie sind ein wichtiger Bestandteil der Schulsozialarbeit. Respekt Coaches sind positive Vorbilder für unsere Jugendlichen.

Zurzeit sind 9 Vollzeitstellen in Bremen etabliert; zwei im Bremer Süden mit Sitz und Schwerpunkt in Huchting.

Durch die Streichungen verlieren wir diese zwei Vollzeitstellen. Das sind 78 Stunden wertvolle Integrations- und Präventionsarbeit, die wegfallen würden. Gerade in Huchting, wo der Anteil Jugendlicher mit sozialen Problemen sehr hoch ist, können wir auf wichtige Fachkräfte mit diesen Schwerpunkten nicht verzichten!

Sollten diese Stellen nicht mehr mit Bundesmitteln finanziert werden können, muss das Land Bremen die Finanzierung übernehmen oder dafür sorgen, dass diese gesichert ist. Dies sollte zeitnah erfolgen. Wenn die Stellen der Respekt Coaches erst gestrichen sind, wird es sehr schwierig werden, nicht nur die Aufgaben weiterhin zu erfüllen, sondern auch, sollten ähnliche Stellen neu geschaffen werden, diese zu besetzen. Fachkräfte fehlen überall.

Einstimmiger Beschluss:

- 1. Der Beirat Huchting fordert die zuständigen senatorischen Behörden auf, sich auf Bundesebene für die Sicherstellung der Finanzierung einzusetzen, dass die Respekt Coaches, die zurzeit in Huchting arbeiten, ohne Unterbrechung weiterarbeiten können.**
- 2. Sollte die Initiative nicht zum Erfolg führen, werden die zuständigen senatorischen Behörden aufgefordert eine ersetzende Finanzierung sicherzustellen.**
- 3. Es wird um Antwort bis zum 07.11.2023 gebeten.**

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen

TOP 4 Erklärung für Vielfalt

Der Beirat Huchting bekennt sich zu einer pluralistischen Gesellschaft, in der die Menschenrechte geachtet werden und verurteilt jegliche Art von Diskriminierung aus rassistischen, politisch extremistischen oder neofaschistischen Gründen, wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters, sozial ökonomischer Stellung oder wegen der sexuellen Identität.

Wir leben in einer modernen und vielfältigen Gesellschaft. Diese Vielfalt ist eine Errungenschaft unserer Demokratie. Unterschiedliche Meinungen und Lebensweisen prägen dabei unser aller Zusammenleben.

Es ist wichtig, sich öffentlich gegen Diskriminierung und Rassismus zu positionieren. Bedingungsloser und frühzeitiger Schutz vor Diskriminierung und Rassismus sind essentiell. Denn: Rassismus benachteiligt nicht nur diejenigen, die ihn erleben, er spaltet auch unsere Gesellschaft.

Seit vielen Jahren arbeiten Huchtinger:innen für ein Klima der Toleranz und gegenseitigen Achtung. Das konfliktfreie Zusammenleben von Kulturen, Sprach- und Religionsgemeinschaften in Huchting ist und bleibt das Ziel aller demokratischen Kräfte in unserem Stadtteil. Die in diesem Zusammenhang gemachten positiven Erfahrungen in Kindergärten, Schulen, Freizeitheimen, Vereinen, Sportclubs und in der Nachbarschaft sind eine Bereicherung für den Stadtteil. Hass und Diskriminierung haben bei uns in Huchting keinen Platz.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen (einstimmig)

TOP 5 Buswendeanlage Roland-Center

Einstimmiger Beschluss:

Der Beirat Huchting fordert die senatorische Behörde für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung, das Amt für Straßen und Verkehr als Vorhabenträger sowie die Bremer Straßenbahn AG und das Consult Team Bremen auf, die neu hergestellte, endgültige Buswendeanlage am Roland-Center Huchting unmittelbar neben der gleichnamigen Straßenbahnhaltestelle unverzüglich nach Beendigung des Bauabschnitts

Phase 1 vom 04.10.2023 bis 24.11.2023, Pläne 1 bis 7, Abschnitt Roland-Center, Verkehrsordnung B.22-00079, Amt für Straßen und Verkehr vom 13.09.2023, in Betrieb zu nehmen.

Die ablehnende Haltung der o.g. beteiligten Stellen zu dieser Forderung sowie die im Koordinierungsausschuss am 05.09.2023 vorgestellten Simulationsergebnisse (Bernard Gruppe) werden in diesem Zusammenhang zur Kenntnis genommen.

Beeinträchtigungen des Geschäftstages „Black Friday“ und des Weihnachtsgeschäfts im Stadtteilzentrum Huchting einschließlich des Roland-Centers müssen so weit wie möglich vermieden werden.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen

TOP 6 Weitere Haushaltsanträge Beirat Huchting

Integriertes Entwicklungskonzept Huchting; Städtebauförderung

Einstimmiger Beschluss und Haushaltsantrag:

Der Beirat Huchting fordert die senatorische Behörde für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung sowie die senatorische Behörde für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration auf, Kosten bzw. Planungskosten für die Erarbeitung eines Integrierten Entwicklungskonzeptes (IEK) für den Stadtteil Huchting in den Doppelhaushalt 2024/25 einzustellen.

Außerdem soll eine entsprechende Personalstelle im Stellenplan ausgewiesen werden und die Stelle unverzüglich zu besetzen, um das IEK-Verfahren für den Stadtteil Huchting zu starten und zu begleiten.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen

Begründung:

Der Stadtteil Huchting steht einerseits vor großen, besonderen Herausforderungen und bietet gleichzeitig enormes Entwicklungspotential.

Das Stadtteilzentrum Huchting einschließlich des Roland-Centers stellt das Versorgungs- und Dienstleistungszentrum für den Stadtteil Huchting, den Bremer Süden mit einem Einzugsbereich bis in das niedersächsische Umland hinein dar. Dieses etablierte Zentrum muss unbedingt stabilisiert und weiterentwickelt werden. Den vorhandenen städtebaulichen Missständen, welche der Beseitigung bzw. Weiterentwicklung bedürfen, stehen Stärken und Chancen gegenüber.

Mit der abschließenden Festlegung der Trassenführung der Straßenbahnlinien 1 und 8 sind nun verbindliche Rahmenbedingungen geschaffen worden. Die städtebaulichen Planungen sind daran anzupassen und die öffentliche Infrastruktur beispielsweise im Kern des Stadtteilzentrums weiterzuentwickeln und zukunftsfähig zu gestalten. Aus diesem Grunde befindet sich zurzeit der Bebauungsplan Nr. 2539 in Aufstellung. Ein städtebaulicher Entwurf liegt diesem zugrunde, welcher im Rahmen eines Workshop-Verfahrens erarbeitet worden ist. Zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung ist zudem für den Kernbereich des Stadtteilzentrums ein Vorkaufsrecht an den jeweiligen Grundstücken festgesetzt worden.

Mit der Verlängerung der Straßenbahnlinien 1 und 8 wird der Stadtteil gerade in weiten Bereichen „auf links gedreht“. Allein die Schienen und Nebenanlagen zu verlegen genügen den Bedarfen und der zukunftsorientierten Entwicklung des Stadtteils nicht.

Die Planungen und deren Umsetzung mit dem Ziel eines weiterhin lebendigen Stadtteilzentrums Huchting bedürfen dringend und zeitnah eines Integrierten Entwicklungskonzepts und der Aufnahme in die Städtebauförderung sinnvoll und möglich.

Des Weiteren bestehen Sanierungs- und Umbaubebedarfe im Stadtteil, insbesondere im Quartier Robinsbalje. In Bezug auf ungesunde Wohnbedingungen sind hier Maßnahmen dringend erforderlich.

Im sozialen Bereich wachsen die Herausforderungen im Stadtteil Huchting ebenfalls drastisch.

Unsere Sozialindikatoren sind leider ganz und gar nicht erfreulich. Es sind eine überdurchschnittliche Armuts- und Kinderarmutsquote, hohe SGB II-Quoten, unterdurchschnittliches Einkommen, hohe Arbeitslosigkeit, hoher Anteil Langzeitarbeitsloser, viele Menschen ohne abgeschlossene Schule oder Ausbildung insbesondere leider bei Ausländer:innen und Geflüchteten, hohe Schuldnerquote, großer Sprachförderbedarf, viele Kinder mit sonderpädagogischen Bedarfen, deutlich unterdurchschnittliche Kita-Versorgungsquoten, hohe Nicht-Abiturquote, Gewaltkriminalität, gesundheitliche Ungleichheit, niedrige Wahlbeteiligung bei wachsenden Einwohnendenzahlen insbesondere durch Zuzug aus dem Ausland/Geflüchtete, höchster Anteil unter 6-Jähriger im Bremen-Vergleich, höchster Jugendquotient Bremens (Anteil Jugendlicher an der Bevölkerung), zweithöchster Anstieg bei jugendlichen Einwohnern:innen etc. zu verzeichnen.

Die soziale Infrastruktur beispielsweise hinsichtlich Jugendlicher ist aber völlig unzureichend.

Eine Förderung des sozialen Zusammenhalts ist von elementarer Bedeutung für die Entwicklung des Stadtteils und der hier lebenden Menschen.

Aufgrund dieser Bedingungen ist die Erarbeitung eines Integrierten Entwicklungskonzepts, welches diese soziale Lage im Stadtteil berücksichtigt und die Aufnahme in die Städtebauförderung dringend geboten!

Technische/digitale Ausstattung der Ortsämter

Frau Seifert weist darauf hin, dass das Ortsamt West schon längere Zeit W-LAN hat.

Herr Horn berichtet, dass im Bremer Westen nur ein Pilotprojekt stattfand. Er regt an, den Antrag um ein mobiles W-LAN zu ergänzen.

Herr Ristau ergänzt, dass es dann auch Schulungen geben müsste.

Einstimmiger Beschluss und Haushaltsantrag:

Der Beirat Huchting fordert die Senatskanzlei auf, Haushaltsmittel anzumelden, damit Beirat und Ortsamt Huchting technisch in die Lage versetzt werden, zeitgemäß und digital zu arbeiten, insbesondere die Sitzungen im Hybridformat einschließlich Live-Streaming sicherzustellen.

Neben technischer Ausstattung/Hardware umfasst dies die Nutzung entsprechender Software und W-LAN (Büroräume II. OG und Sitzungsraum EG im Franz-Löbert-Platz 1 sowie mobiles W-LAN für Sitzungen in anderen Örtlichkeiten Huchtings).

Erläuterung:

Beiratsmitglieder und Ortsamt benötigen freien W-LAN-Zugang, um auf ihre Dokumente zurückgreifen zu können, insbesondere während der Sitzungen.

Gleiches gilt für Bürger:innen. Wir sind bereits wiederholt danach gefragt worden. Es wäre eine Maßnahme im Sinne der Bürgerfreundlichkeit.

Außerdem benötigen wir W-LAN, um Daten und Bilder übertragen zu können. Dies geschieht zurzeit nur über unsere privaten Geräte und den Verbrauch unseres privaten Datenvolumens.

Außerdem kann über die vorhandenen LAN-Buchsen jeweils nur Laptop verwendet werden. Bei Abstimmungsgesprächen wäre die Nutzung mehrerer Laptops sinnvoll bzw. notwendig.

Wir, d.h. Beirat und Ortsamt Huchting, arbeiten elektronisch/digital und führen unsere Sitzungen seit über 2 Jahren hybrid durch inkl. Livestream. Dieses Angebot können und wollen wir nicht zurückschrauben. Dafür brauchen wir die entsprechende Technik.

Gerne können wir unsere Erfahrungen weitergeben bzw. als ein „Pilot-Beirat/Ortsamt“ fungieren, denn auf Dauer wird man sich der Thematik nicht verschließen können.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen

Räumliche Situation QBZ Robinsbalje

Einstimmiger Beschluss und Haushaltsantrag:

Der Beirat Huchting bittet die Senatorin für Kinder und Bildung, die Senatorin für Soziales, Arbeit, Jugend und Integration sowie die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz um Prüfung und Planung der räumlichen Erweiterung bzw. Aufstockung des gemeinsam getragenen Quartiersbildungszentrums Robinsbalje sowie Veranschlagung der entsprechenden Kosten im Doppelhaushalt 2024/25.

Begründung:

Das Quartiersbildungszentrum Robinsbalje (QBZ) ist 2009 mit dem Ziel gegründet worden, die Entwicklung der Kinder unter Einbeziehung der Eltern zu fördern und die Lebenssituation der Familien im Quartier zu verbessern. Die Förder- und Hilfsbedarfe und Herausforderungen im Quartier Robinsbalje sind enorm und haben leider durch die aktuelle Corona-Pandemie noch zugenommen. Das QBZ ist der (!) Ort der Begegnung, des Lernens, des Austausches und der Integration. Insofern ist das QBZ an dieser Stelle absolut richtig verortet und von elementarer Bedeutung für die Entwicklung und Lebensperspektive der hier lebenden Kinder und Familien. Insgesamt bietet das QBZ Robinsbalje ca. 20 Kurse in den Bereichen Sprache, Bewegung, Beratung, Erziehung, Bildung und Kultur an. Diese werden von den Trägern wie dem QBZ-Management (Hans-Wendt-Stiftung), Haus der Familie (Amt für soziale Dienste), Kinder- und Jugendgesundheitsdienst (Gesundheitsamt), Grundschule Robinsbalje (SKB), Kinder- und Familienzentrum Robinsbalje (KITA Bremen) sowie zahlreichen Kooperationspartnern des QBZ angeboten. Hinzu kommen diverse offene Angebote. Auf die anliegende Information zum Quartiersbildungszentrum (QBZ) Robinsbalje „Brücken zur Bildung bauen“ wird Bezug genommen.

Allerdings waren die räumlichen Kapazitäten die vorgenannten Angebote bereits vor der Corona-Pandemie bedingt durch die zunehmende Institutionsvielfalt und personelle Aufstockung im QBZ (z.B. Büros für die Gesundheitsfachkraft für die Grundschule Robinsbalje etc.) erreicht.

Darüber hinaus sind personelle Aufstockungen im Haus der Familie erfolgt.

Eine Sprechstunde der Casemanager:innen vor Ort ist ebenfalls schwierig umzusetzen, da es nicht ausreichend Arbeitsplätze gibt.

Außerdem plant das QBZ einen offenen Bereich in dem sich Familien auch ohne Anliegen einfach aufhalten können/offene Tür-Charakter. Der Bedarf ist vorhanden, aber keine Fläche verfügbar.

Dringend benötigt wird zudem ein Kreativraum sowie ein weiterer Raum für Beratungsangebote.

Dem Gesundheitsamt fehlt ein weiteres Büro.

Ein kurzfristiges Netzwerktreffen kann räumlich nur nach intensiver Absprache unter den Kerngruppen-Mitgliedern erfolgen. Deshalb wäre auch ein Raum, den Kooperationspartner*innen nach Absprache für Beratungen nutzen können, notwendig.

Immer wieder kommt es zu Überschneidungen und Termin-Kollisionen bezüglich der Raumnutzungen. Es müssen dann kreativ und aufwendig Alternativen bzw. Ausweichmöglichkeiten gesucht werden.

Die Mensa ist aufgrund ihrer Funktion als solche und durch die Gestaltung für Veranstaltungen ungeeignet.

Die Angebotsentwicklung wird oftmals durch die vorherrschende Raumknappheit ausgebremst. Dabei sind die Bedarfe wie geschildert enorm und die Weiterentwicklung der Angebote dringend notwendig.

Neue Angebote und Projekte zu initiieren, ist bei der jetzigen, räumlichen Situation kaum mehr möglich. Die Raumknappheit macht das QBZ reaktionsstarr hinsichtlich neu aufkeimender Bedarfe.

Neue Raumanfragen von Externen können oftmals gar nicht mehr aufgenommen werden.

Das QBZ Robinsbalje ist unverzichtbarer Bestandteil des Quartiers und trägt wesentlich zur Entwicklung, Integration, Gesundheit und zum sozialen Zusammenhalt der Menschen im Quartier bei. Die Angebote müssen zielgerichtet und attraktiv weiterentwickelt werden. Dabei müssen unbedingt die Bedürfnisse der Eltern und Familien berücksichtigt werden. Für viele Angebote, die sich an die Eltern und Familien richten, benötigen diese gleichzeitig eine Kinderbetreuung. Wenn also die Kinder im Kinder- und Familienzentrum Robinsbalje betreut werden oder zur Grundschule Robinsbalje gehen, können Eltern die Angebote auch wahrnehmen. Gerade vormittags sind aber die Überschneidungen und die Raumknappheit besonders groß. Daher braucht das QBZ Robinsbalje zusätzliche Räumlichkeiten.

Der Beirat Huchting bittet die das QBZ tragenden, senatorischen Behörden, die räumliche Erweiterung bzw. Aufstockung des QBZ Robinsbalje zu prüfen, gemeinsam mit dem Beirat Huchting und den Akteuren im QBZ entsprechende Lösungen zu erarbeiten und entsprechende Haushaltsmittel zu veranschlagen.

**Haushaltsantrag gem. §1 Abs. 1 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter zum
Doppelhaushalt 2024/25
Anerkennung der Arbeit von Beiratsmitgliedern und sachkundigen Bürgern durch
zeitgemäße Anpassung der Sitzungsgelder**

Frau Radke erklärt den gemeinsamen Antrag von CDU und FDP.

Herr Horn erläutert, dass die Koalition ein Modell für die Vergütung von Betreuungszeiten entwickeln werden. Außerdem plant man die Sitzungsgelder auf 30 € zu erhöhen. Er regt zusätzlich die Forderung nach einem Inflationsausgleich an. Frau Wendt regt eine Bekräftigung der Kinderbetreuung an.

Beschluss und Haushaltsantrag:

1. Die Senatskanzlei wird gebeten, sich für eine Erhöhung des Sitzungsgeldes auf 40,00 € pro Sitzung einzusetzen.
2. Ein jährlicher Inflationsausgleich ist sicherzustellen.
3. Außerdem bittet der Beirat Huchting, ein Konzept zu erarbeiten bzw. einen Ausgleich zu schaffen für Mandatsträger:innen, welche ein minderjähriges Kind betreuen oder welche eine Person pflegen, um ihnen eine uneingeschränkte Mandatsausübung zu ermöglichen.

Begründung:

Die Inhalte von Sitzungen, Fraktionsanträgen und Bürgeranliegen haben sich deutlich vermehrt und stellen sich in Ansehung erweiterter Beteiligungsrechte des Beirates inzwischen deutlich komplexer dar. Hinzu kommt, dass sich die Sitzungsenden infolge der eingehenden Befassung stadtteilpolitischer Befassungsgegenstände teilweise in die späten Abendstunden verlagern.

Der Aufwand für Beiratsmitglieder ist in den letzten Jahren erheblich gestiegen.

Dazu sind der zeitliche Faktor, die Fahrtkosten, die Kosten für Druckmaterial sowie Energiekosten ebenfalls stark erhöht. Die Anforderungen an die digitale Ausrüstung der Beiratsmitglieder ist gerade während der Pandemiezeiten erheblich gewachsen. Beiratsmitglieder brauchen leistungsfähige Computer und/oder Tablets sowie zuverlässiges W-LAN in ihren Wohnungen, um den Sitzungen folgen zu können.

Insofern erachtet der Beirat Huchting im Interesse der gebührenden Anerkennung und Würdigung des ehrenamtlichen Engagements der Beiräte für die ehrenamtlich geleistete Tätigkeit für den Stadtteil, welche eine wichtige Säule der Demokratie darstellt, sowie einer inflationsbereinigten Anpassung die moderate Erhöhung der vorgesehenen Pauschalsätze auf 40,00 € pro Sitzung als angemessen.

Die letzte Erhöhung des Sitzungsgeldes erfolgte im September 2016.

Abstimmungsergebnis Punkt 2 & 3:

12 Ja-Stimmen

Abstimmungsergebnis Punkt 1:

6 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen

TOP 7 Fremdwerbung im Stadtteil; Erlass örtlicher Bauvorschriften i.S. § 86 Landesbauordnung

Einstimmiger Beschluss:

Der Beirat Huchting bittet die senatorische Behörde für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung unter Bezugnahme auf die Anfragen des Ortsamtes Huchting vom 08.03.2023, 20.04.2023 und 11.05.2023, ein Ortsgesetz zu erlassen, um Verbote und Beschränkungen für Werbeanlagen festzusetzen oder zumindest Anforderungen an die Gestaltung von Werbeanlagen zur Erhaltung und Gestaltung von Ortsbildern vorzugeben.

Begründung:

Der Stadtteil Huchting ist mit zahlreichen Fremdwerbeanlagen wie freistehende Anzeigen oder an Gebäuden montierten Tafeln bestückt, welche das Ortsbild verschandeln. Leider vermehren sich diese in der Regel übergroßen, unschönen Tafeln auch noch zusehends.

Darüber hinaus dürfte der Nutzen solcher Fremdwerbeanlagen im digitalen Zeitalter gering sein und tendenziell weiter abnehmen.

Der Beirat Huchting lehnt solche Fremdwerbeanlagen (Leistung bzw. Produkt wird andernorts angeboten) grundsätzlich ab.

Gemäß § 86 Landesbauordnung Bremen kann die Stadtgemeinde Bremen örtliche Bauvorschriften sprich ein Ortsgesetz erlassen, um Anforderungen an die Gestaltung von Werbeanlagen zur Erhaltung und Gestaltung von Ortsbildern sowie darüber hinaus Verbote und Beschränkungen für Werbeanlagen festzusetzen.

Sollte es noch kein entsprechendes Ortsgesetz (für Huchting) geben, möchte der Beirat Huchting in dieser Angelegenheit die Initiative ergreifen und ein solches Ortsgesetz gemeinsam mit der zuständigen senatorischen Behörde erarbeiten.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen

TOP 8 Geschäftsordnung Beirat Huchting

Eine Arbeitsgruppe des Beirates Huchting hat einen Entwurf der Geschäftsordnung erstellt, der für die Wahlperiode 2023 bis 2027 beschlossen werden soll.

Aus Gründen der Transparenz wird als Änderung angeregt, die eingegangenen Anträge auf die Internetseite des Ortsamtes Huchting zu stellen, um sie allen Interessierten zugänglich zu machen.

Des Weiteren wird eine Quotierung der Redner:innen-Liste eingebracht. Ziel ist es, dass abwechselnd nach Geschlechtern Wortbeiträge aufgerufen werden.

Abstimmungsergebnisse:

- Geschäftsordnung inkl. Einstellung der Anträge auf der Homepage: 7 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen
- Einführung einer quotierten Redner:innen-Liste: 2 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen

Die beschlossene Geschäftsordnung ist diesem Protokoll als Anlage beigefügt.

Ende der öffentlichen Sitzung um 21:10 Uhr.

Frau Wendt
(stellvertretende Beiratssprecherin)

Herr Schlesselmann
(Sitzungsleiter)

Herr Homann
(Protokoll)